

Zukunft der Sekundarstufe II – Wie steht es um die gymnasiale Oberstufe?

Am 17. September 2011 fand in der Tellkampfschule in Hannover eine Tagung der Bundesfachgruppen Gymnasium und Gesamtschulen zum obigen Thema unter der Beteiligung einiger Mitglieder der Bundesfachgruppe Hochschule und Forschung, des berufsbildenden Bereichs, des Bundesausschuss für multikulturelle Angelegenheiten sowie von insgesamt 65 Teilnehmern aus allen Bundesländern statt.

Die Erarbeitung einer Bestandsaufnahme zur gymnasialen Oberstufe machte möglich, verloren gegangene politische und pädagogische Spielräume in der Auseinandersetzung um die gymnasiale Oberstufe zu erkennen und über einen neuen Diskurs nachzudenken. „Alle am Diskussionsprozess Beteiligten waren der Meinung, dass die grundsätzlichen Ideen der Reform der Oberstufe des Jahres 1972 – Gleichwertigkeit der Fächer, individuelle Wahlmöglichkeiten, Studien- und Berufsvorbereitung – weiterhin Bestand haben sollten. Diese müssen um neuere Konzepte für den Unterricht mit jungen Erwachsenen unter Beachtung der Einschränkungen, die sich aus der kürzeren Schulzeit bis zum Abitur, der größer werdenden Heterogenität der SchülerInnengruppen und den Zwängen des Zentralabiturs ergeben, ergänzt werden“ stellte Stephan Mertens, Vorsitzender der Bundesfachgruppe Gymnasien, fest. Ingrid Paulsen aus der Bundesfachgruppe Gymnasien spitzte diese Feststellung noch zu und forderte die Wiedereinführung der fünf- und sechsstündigen Leistungskurse sowie das Abitur in Jg. 13. „Die Verdichtung und Verschulung von Bildungsprozessen, die wir sowohl in der gymnasialen Oberstufe als auch im Bachelor- und Masterstudium beobachten können, geht zulasten von Bildungsqualität und dem Genuss an der geistigen Auseinandersetzung. Das ist eine Fehlentwicklung.“ „Die Spielräume, die die reformierte Oberstufe von 1972 bietet, sind für gymnasiale Oberstufen an Gesamtschulen wichtig. Es gilt sie zu verteidigen, sofern sie noch existieren oder zurückzuerobern, wenn sie verloren gegangen sind“, ergänzte Susanne Gondermann, Vorsitzende der Bundesfachgruppe Gesamtschulen. Ihrer Ansicht nach besteht im Augenblick die Gefahr, dass mit vordergründigen Argumenten der Überforderung von SchülerInnen abgespeckte Versionen einer Art gymnasialen Oberstufe für die zweite Säule des Schulsystems entwickelt werden und damit die Spaltung des Bildungswesens in der Sekundarstufe I und II perfektioniert wird. Der neue Diskurs über die gymnasiale Oberstufe sei nicht nur notwendig, neue politische Konstellationen in den Bundesländern und damit auch auf der Ebene der KMK eröffneten auch hier neuen Chancen, sich Gehör zu verschaffen und neue AnsprechpartnerInnen zu gewinnen.

Zum Hintergrund

Die gymnasiale Oberstufe war und ist immer schon ein politisch stark umkämpfter Bereich. 1972 gelang einer mehrheitlich sozialdemokratisch besetzten Kultusministerkonferenz ein Durchbruch zu einer Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe (NGO): Es gab eine Verständigung darüber, dass exemplarisches wissenschaftspropädeutisches Arbeiten in allen Fächern möglich sei. Diese prinzipielle Gleichwertigkeit der Fächer machte ein Strukturmodell mit zwei sechsstündigen Leistungskursen und dreistündigen Grundkursen in einem sprachlich-literarisch-künstlerischen, einem gesellschaftswissenschaftlichen und einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufgabenfeld möglich. Dieses Strukturmodell stellte eine didaktisch begründete Balance zwischen Konzentration auf Schwerpunkte und Beschäftigung mit Themen in der Breite dar. Altersadäquat wurde der Klassenverband zugunsten eines Kurssystems aufgelöst und SchülerInnen durchaus umfassend Wahlentscheidungen für ihren individuellen Bildungsweg abgefordert. Je nach Größe der Sekundarstufe, der jeweiligen personellen und sächlichen Ausstattung, der örtlichen Traditionen und Gegebenheiten sowie der Möglichkeiten zur Kooperation hatten die einzelnen Schulen hier mehr oder weniger zu bieten. Während in Ballungsgebieten die individuellen Wünsche der SchülerInnen ggf. durch einen Schulwechsel realisiert werden konnten, blieben die Wahlmöglichkeiten im ländlichen Bereich oft beschränkter, ohne dass das grundsätzliche Konzept aufgegeben werden musste. Dies zusammen machte die Vorstellung einer zeitgemäßen Vorbereitung auf ein Studium oder auf eine Berufsausbildung aus.

In den Augen der GEW war die NGO keineswegs ein genialer Entwurf. Die Alternative hatte schließlich Andreas Gruschka nach Vorarbeit durch die entsprechenden Bundesfachgruppen und den Leiter des Bereichs Bildungspolitik der GEW pointiert unter dem Titel „Lernen im Medium des Berufs“ zusammengefasst. Kritikpunkte an der NGO sind auch in dem GEW-Grundsatzpapier „Chancengleichheit herstellen, Bildungsbeteiligung erhöhen durch Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe“ nachzulesen. Trotz aller Kritik war allerdings unstrittig, dass diese Reform der gymnasialen Oberstufe von 1972 so grundlegend ist, dass sich ihre Weiterentwicklung lohnt.

Die Restaurationsbestrebungen der Konservativen

Anders sahen und sehen dies konservative BildungspolitikerInnen. Ihre Kritikpunkte bestanden in dem Verdacht des Ausweichens der SchülerInnen auf sogenannte anspruchslosere Fächer im Rahmen der Wahlmöglichkeiten, des scheinbaren Verlusts breiter Allgemeinbildung durch das Konzept der prinzipiellen Gleichwertigkeit der Fächer und der Möglichkeit für SchülerInnen, sich im Rahmen zweier Leistungskurse zu spezialisieren, woraus ihrer Meinung nach eine fehlende Vergleichbarkeit der Leistungen folgt. Inzwischen haben sie sich leider mit ihrer Sichtweise durchgesetzt. 2006 beschloss die KMK, relativ unkommentiert von der Bildungsöffentlichkeit, eine Revision der NGO, die inhaltlich ihrer Abschaffung gleich kommt, obwohl sie sich formal immer noch darauf bezieht und auch die Zielsetzungen der vertieften Allgemeinbildung, der allgemeinen Studierfähigkeit und der wissenschaftspropädeutischen Bildung ebenso erhalten geblieben sind wie die Orientierung an den drei Aufgabenfeldern.

- Zurückgenommen wurde das Konzept der prinzipiellen Gleichwertigkeit der Fächer. Stattdessen gibt es wieder die alten Hauptfächer: Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen.
- Zurückgenommen wurde das Konzept der Strukturierung des Bildungsgangs in (dreistündige) Grund- und (fünfstündige) Leistungskurse, die durch exemplarisches Lernen eine vertiefte Bildung ermöglichen sollten. Stattdessen gibt es mehr Pflicht- und Wahlfächer sowie die Erteilung des Unterrichts auf unterschiedlichen Anspruchsebenen. Inzwischen überwiegen die Konzepte mit drei vierstündigen Kursen auf erhöhtem Niveau, die durchgängige Belegung der „basalen“ Fächer und eine Heraufsetzung der Fächerzahl und damit der Klausurleistungen bei gleich gebliebenem Gesamtstundenvolumen.
- Zurückgenommen wurde das Konzept einer individuellen Profilierung der SchülerInnen auf der Basis von Wahlentscheidungen für Leistungskurse. Stattdessen gibt es zu Beginn der Qualifikationsphase in der Regel die Entscheidung für ein Profil. Die Entscheidungen für Fächeralternativen in diesem Rahmen sind dann oft nur noch minimal.

Diese Entwicklungen führen nicht zu Leistungssteigerungen oder einer nennenswerten Qualitätszunahme im Abitur (nachzulesen in der TOSCA-Studie über die Auswirkungen der Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe nach der Verabschiedung der KMK-Vereinbarung von 2006 in Baden-Württemberg), sie führen bisher auch nicht erkennbar zu mehr AbiturientInnen und schon gar nicht zur Reduzierung von schichtenspezifischen oder kulturell bedingten Selektionsbeschränkungen. Sie sind vielmehr Ausdruck eines konservativen Bildungs- und Leistungsverständnisses mit allen bekannten Folgen.

Erkenntnisse aus der Tagung

Die KMK-Vereinbarung von 2006 mit ihren restriktiven Bestimmungen ist in den verschiedenen Bundesländern bislang sehr unterschiedlich umgesetzt worden. Während zum Beispiel in NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen noch individuelle Schwerpunktsetzungen über Leistungskurswahlen möglich sind, sind sie in anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen nicht mehr oder nur noch begrenzt möglich. Besonders rigide sieht die Umsetzung in Sachsen-Anhalt aus. Hier bleiben die SchülerInnen weitgehend im Klassenverband zusammen. Erst kurz vor der Abiturprüfung legen sie fest, ob sie in einem Fach nun auf erweitertem oder grundlegendem Niveau geprüft werden wollen. Scheinbare Alternativen bietet ein Land wie Hamburg, in dem Profilbildung mit vielen Fächerkombinationen möglich bleibt (z.B. Geschichte-Kunst-Profil, Biologie-Pädagogik-Profil mit jeweils vierstündigen Fächern, denen ein zweistündi-

ger Seminarkurs in der Regel noch zugeordnet wird). Da daneben aber die drei vierstündigen Kernfächer Deutsch, Mathematik und Englisch als Schwerpunkte existieren, zwei davon auf erhöhtem Niveau, ist das Ergebnis nicht befriedigend. Es besteht in der Überforderung der SchülerInnen durch formale Anforderungen, die sich z.T. im Bereich der wissenschaftspropädeutischen Durchdringung der Schwerpunkt- und insbesondere der Kernfächer auswirkt. Diese Problematik bestand bereits vor 1972 und war einer der zentralen Kritikpunkte, der den KMK-Beschluss von 1972 möglich machte.

Neben der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Strukturmodellen der gymnasialen Oberstufen in den Bundesländern haben die Kolleginnen und Kollegen auf dieser Tagung in mehreren Schwerpunkten genauere Analysen geleistet. Es ging dabei um die Themen Wissenschaftspropädeutik, vertiefte Allgemeinbildung, Studierfähigkeit, Berufsfähigkeit, Persönlichkeitsentwicklung, Umgang mit Heterogenität und Berufsorientierung. Einbezogen wurden auch die Auswirkungen der Schulzeitverkürzung und der Blick auf andere Systeme: das Berufskolleg und das Weiterbildungskolleg.

Diese Analysen werden ausgewertet und nicht nur den TeilnehmerInnen der Tagung, sondern auch der GEW insgesamt zur Verfügung gestellt. Die Schlussfolgerungen daraus werden uns als Organisation noch beschäftigen. Die beiden Bundesfachgruppen Gymnasien und Gesamtschulen haben sich entschieden, sich in der Sache zu Wort zu melden.

Stephan Mertens (Bundesfachgruppe Gymnasien)

Susanne Gondermann (Bundesfachgruppe Gesamtschulen)